

**Kleine Anfrage**

Abg. K pker (FDP)

Hannover, den 6. 4. 1987

Betr.: **Getränkesteuer**

Nachdem nunmehr auch in Hamburg die Getränkesteuer abgeschafft wurde, ist Niedersachsen eines der wenigen Bundesländer, das den Kommunen gestattet, die Getränkesteuer zu erheben.

Zur Zeit beabsichtigen einige Städte wie z. B. Hannover und Oldenburg, die Getränkesteuer als kommunale Steuer einzuführen, um mit dem Steueraufkommen neue, freiwillig eingegangene Verpflichtungen zu finanzieren oder zur Deckung ihrer Haushalte zu verwenden.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Städte und Gemeinden erheben zur Zeit die Getränkesteuer, und welche Städte und Gemeinden beabsichtigen, sie einzuführen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Erhebung hinsichtlich ihrer wettbewerbspolitischen und mittelstandspolitischen Wirkung?
3. Welche Möglichkeiten hat sie, eine Neu- bzw. Wiedereinführung der Getränkesteuer in allen Gemeinden Niedersachsens auszuschließen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Erhebung solcher Steuer unter dem Aspekt eines zeitgem e en Steuersystems, der Steuervereinfachung und der Verwaltungsvereinfachung?
5. Welche Möglichkeiten bestehen nach ihrer Auffassung, die z. Z. noch in einzelnen Gemeinden erhobene Getränkesteuer schrittweise abzubauen?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, daß von dieser Steuer insbesondere Bezieher kleiner Einkommen relativ stärker belastet werden?
7. Wie beurteilt die Landesregierung das Vorgehen bestimmter Kommunen, z. B. der Stadt Hannover und Oldenburg, angesichts neuer freiwillig eingegangener Verpflichtungen, diese durch Neueinführung der Getränkesteuer zu finanzieren oder die Mittel aus dem Getr nkesteueraufkommen zur Deckung des Haushaltes zu verwenden?

K pker

(Ausgegeben am 16. 4. 1987)